

GEMEINSAMER ANTRAG von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ

Betr.: Ausbau von Gehsteigen

GR. Mag. Mario Kowald

16. Oktober 2008

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin in Lisa Rücker!

Ich begrüße die Bemühungen, den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen zu wollen und kundenfreundlicher zu gestalten. Nicht nur unsere Umwelt wird davon profitieren, sondern auch sehr viele ältere Menschen, Kinder und Menschen mit speziellen Bedürfnissen.

Es muss unser Ziel sein, allen Mitgliedern unserer Gesellschaft die bestmögliche Mobilität zu gewährleisten. Mobilität fördern, heißt vor allem Barrieren reduzieren! „Barriere“ ist ein weitläufiger Begriff.

Viele Straßen und Wege in unserer Stadt sind noch nicht mit Gehsteigen ausgebaut. Barrierefreiheit beginnt damit, dass zumindest Gehsteige vorhanden sind. Halten Sie sich dabei vor Augen, dass uns die Sicherheit unserer Kinder, die Sicherheit von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen ein wesentliches Anliegen sein muss.

Wir brauchen grundsätzlich bei sämtlichen Wegen Gehsteige auf beiden Straßenseiten.

Wenn ein Gehsteig zu Ende ist, ist es für Menschen mit Behinderungen, Kindern und älteren Menschen eine Zumutung, die stark befahrenen Straßen ohne gesicherten Übergang überqueren zu müssen. Blinde gelangen an das Ende eines Gehsteiges und können nicht wissen, dass der Gehsteig auf der gegenüberliegenden Straßenseite weitergeht.

Wenn in einer Gasse tatsächlich kein Gehsteig auf beiden Seiten aus Platzgründen möglich sein sollte, dann muss man mit den davon betroffenen Menschen eine Lösung finden und diese Information zum Beispiel auf eine Homepage stellen, damit auch blinde Menschen bei der Planung eines Weges diesen Umstand bedenken können.

Die Haftungsfrage und die Frage der Schneeräumung darf kein Grund sein, auf Sicherheit zu verzichten. Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen.

Es muss unser gemeinsames Ziel sein, in dieser Legislaturperiode an möglichst vielen Straßen der Stadt Graz, die fehlenden Gehsteige zu ergänzen.

Ich erwarte mir vor allem im Namen von Menschen mit Behinderungen einen Bericht über den Fortschritt und die Pläne der kommenden Gehsteigerichtungen.

Wir müssen den vielen Menschen mit Behinderungen, den älteren Menschen und den Eltern zeigen, dass sie ernst genommen werden.

Das Aufzeigen der diesbezüglichen Mängel muss ausgehend von den BezirksvorsteherInnen unserer Stadt, über die Seniorenverbände, über die Schulen und Behindertenorganisationen möglich gemacht werden.

Um diese Initiative mit Leben zu erfüllen, sei auf das Beispiel der Puntigamerstraße, wo sich abwechselnd ein Gehsteig und dann wieder keiner befindet bzw. auf die in der Anlage aufgezählten Stelle, verwiesen:

Namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ stelle ich folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass

a) die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragt werden, *unter Einbindung* der BezirksvorsteherInnen, Seniorenverbände, Elternvereine und Behindertenorganisationen diesbezügliche Lücken bei Grazer Gemeindestraßen festzustellen und Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, ersucht werden, als zuständige Stadtsenatsreferentin einen Plan erstellen zu lassen, bis wann, welche Gemeindestraßen mit Gehsteigen versehen werden,

b) ein Ersuchen an das Land Steiermark gerichtet werde, gehsteiglose Landesstraßen unserer Stadt mit Gehsteigen zu versehen.

Beilage

1. Lindengasse Richtung Norden ab Simchengasse fehlt ein Gehsteig: Hier gehen viele Bewohner der Arlandsiedlung zur Bushaltestelle und Kunden zur Caritas (Carla).
2. Radegunderstraße ab Bushaltestelle Neustift ist links und rechts kein Gehsteig Richtung Radegund
3. Lindengasse südlich vom Gasthaus Hirschenwirt bzw. Haltestelle Neugasse in Richtung Korösistraße links und rechts kein Gehsteig
4. Haltestelle Pedrettogasse Richtung Firma Damisch ist links und rechts kein Gehsteig. Der Gehsteig vor der Haltestelle in der Andritzer Reichsstraße ist desolat und schwer begehbar.
5. Haltestelle Villa Sonnblick Richtung Norden ist vor den Sportplatz links und rechts kein Gehsteig und ein Fußgängerübergang wäre an dieser Stelle dringend notwendig.
6. Anton Kleinoschegstraße 33 Richtung Norden und Süden ist links und rechts kein Gehsteig.
7. Göstingerstraße (Weg ins Gasthaus und zum Wahllokal),
8. Alte Poststraße (Weg zur Rosenapotheke)
9. Algersdorferstraße – Heimgärten: dort wäre auch beim Haupteingang ein Zebrastreifen sinnvoll: Kinder und ältere Leute sind dort oft unterwegs.
10. Verbindung zwischen Algersdorferstraße und Göstingerstraße beim UKH: Dort befinden sich zwei Bushaltestellen.
11. Hergottwiesgasse: Zwischen der Straßenbahn und dem Karlauerplatz,
12. Liebenauer Hauptstraße,
13. Ziererstraße ist weitgehend ohne Gehsteig,
14. Kasernstraße

GR. Mag. Gerhard SPATH

16.10.2008

A N T R A G

Betr.: Fuß- und Radweg zwischen Peterstalstraße und Hohenrainstraße

Am 9. November jährt sich die Inbetriebnahme der Straßenbahnverlängerung ins Peterstal. Wie wir wissen, wird der „Lange 6er“ sehr gut angenommen und die Bevölkerung im Peterstal ist über die Anbindung an das Straßenbahnnetz hoch erfreut.

Ein entscheidender Grund für den Bau der Linie 6 war die bereits vorhandene hohe Wohndichte und die noch immer rege Bautätigkeit im Peterstal, im Hohenraintal und in Petersbergen. Auf Höhe der neuen Endhaltestelle existiert allerdings keine direkte Verbindung zwischen der Peterstalstraße und der Hohenrainstraße. eine wesentliche Erleichterung für die dort ansässigen Bewohner im Hohenraintal und in Petersbergen wäre daher eine direkte Fuß- und Radwegverbindung zwischen den beiden Straßen, zumal dort jeweils Privatstraßen bis zum Petersbach existieren. Dies würde auch die Akzeptanz der 6er Verlängerung noch weiter steigen, gleichzeitig die Annahme des öffentlichen Verkehrsmittels erhöhen und eine Verminderung des Individualverkehrs bewirken.

Namens des ÖVP – Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g,

die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen, einen Geh- und Radweg als Verbindung zwischen der Hohenrainstraße und der Peterstalstraße auf Höhe der Endhaltestelle des Sechzers zu planen und in weiterer Folge umzusetzen.



Betr.: Wasseranschluss Weizbachweg und
An der Kanzel/Förderungsmodell

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Oktober 2008

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung hat – neben der Problematik des stetig sinkenden Grundwasserspiegels, der ein ständiges Tieferlegen bei Hausbrunnen erforderlich macht - auch aus gesundheitlichen Gründen große Bedeutung, bergen doch Hausbrunnen immer wieder Risiken in sich, was Wasserqualität bzw. Wasserverschmutzung betrifft. Umso vordringlicher wäre es, für die Grazerinnen und Grazer eine flächendeckende Wasserversorgung sicherzustellen. Allerdings: Um die Lücken in der öffentlichen Wasserversorgung zu schließen, bedarf es eines großen finanziellen Aufwandes, der von den betroffenen BürgerInnen kaum bewältigbar ist.

Ein Beispiel dafür ist der Weizbachweg in Andritz, wo sechs Einfamilien-HausbesitzerInnen großes Interesse hätten, an das öffentliche Wassernetz angeschlossen zu werden. Allerdings: Pro Anschluss würden sich die Kosten (Netzkosten und Anschlusskosten) auf rund 23.650 Euro belaufen. Nur zur Verdeutlichung in Schilling umgerechnet, wären das sage und schreibe 325.431 Schilling pro Familie. Nur zum Vergleich: Am Dürrgraben, ebenfalls in Andritz, konnte noch unter Finanzstadtrat Riedler ein Förderungsmodell angeboten werden, wodurch sich die Anschlusskosten pro Haus von ursprünglich 8000 Euro bei sofortigem Anschluss bzw. 12.000 Euro bei späterem Anschluss auf in Summe nicht einmal 4000 Euro reduzierten.

So gesehen wäre es ein Gebot der Stunde, nunmehr den Weizbachweg-BewohnerInnen ein ähnliches Förderungsmodell anzubieten, zumal ja schon jetzt davon auszugehen ist, dass in weiterer Folge derzeit noch unbebaute Wiesen und Flächen mittelfristig in Bauland umgewidmet werden, mit weiteren Siedlungen zu rechnen sein wird, die dann sicher auch ans öffentliche Wassernetz kommen.

Eine ähnliche Situation gibt es in Andritz übrigens auch im Bezirksteil Weinzödl/An der Kanzel, wo ebenfalls noch eine Reihe von Hausbrunnen die einzige

Wasserversorgung darstellen – auch dort klagen BewohnerInnen bereits über immerhäufiger auftretenden Wassermangel und haben deshalb natürlich Interesse, an das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossen zu werden.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

den Antrag,

die zuständigen Abteilungen der Stadt mögen beauftragt werden, für die Bereiche Weizbachweg und An der Kanzel ein mit dem Projekt Dürrgrabenweg vergleichbares Förderungsmodell zu entwickeln, um den BewohnerInnen zu vergleichbaren und damit vertretbaren Kosten einen Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung zu ermöglichen.

GR. DI Georg TOPF

16.10.2008

A N T R A G

Betr.: Gefährdung von Fußgängern in der Hohenstaufengasse

In der Hohenstaufengasse wird an der Nordseite der Gehsteig von Osten kommend bis zur Einfahrt der Postgarage auf Höhe Martingasse geführt, von Westen wurde der Gehsteig im Zuge der Baumaßnahmen für den Knoten Don Bosco bis zum Haus Hohenstaufengasse Nr. 27 neu gestaltet. Dazwischen ist auf eine längere Strecke kein Gehsteig vorhanden, sodass Fußgänger die stark befahrene Hohenstaufengasse in diesem Bereich ohne gesicherten Übergang queren müssen. Ebenso ist die Erreichung der Abfallsammelstelle an der Nordseite der Hohenstaufengasse für den südlich gelegenen Einzugsbereich „Nördliches Lazarettfeld“ mit Kurze Gasse, Florianigasse, Martingasse, Buchkogelgasse und Wiesengasse ohne gekennzeichnete Überquerungsmöglichkeit ein sehr großes Sicherheitsrisiko.

Namens der ÖVP Gemeindefraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, eine Planung für den fehlenden Teil des Gehsteiges an der Nordseite der Hohenstaufengasse zu erarbeiten, in diesem Zusammenhang gesicherte Übergangsmöglichkeiten insbesondere auch im Bereich der Abfallsammelstelle zu prüfen und dem Gemeinderat Berichte hierüber ehebaldigst vorzulegen.



Betr.: Lenker sehen „ROT“

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus EICHBERGER
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Oktober 2008

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Für Autofahrer gibt es kaum etwas Ärgerliches als mitten in der Nacht alleine zu einer Kreuzung zu kommen und die Ampel steht mehrere gefüllte Minuten auf Rot. Nicht wenige AutofahrerInnen haben sich über diesen ärgerlichen Ampelstress bereits per Anruf oder per Leserbrief Luft gemacht. So zuletzt in der Sonntagsausgabe des „Grazer“.

Es zerrt nicht nur am Nervenkorsett der AutolenkerInnen, sondern auch der Verkehrsfluss wird behindert und die Umwelt verschmutzt. Gerade in einer Zeit, in der die Feinstaubbelastung wieder verstärkt auf uns zukommt, muss dringend gehandelt werden.

Hier einige der problematischen Stellen, die AutofahrerInnen zur Weißglut treiben:

- Liebenauer Gürtel, Ausfahrt Billa/Veniers
- Stadtausfahrt UPC-Arena
- Kreuzung Murpark
- Kreuzung LKH/Schanzwirt
- Wienerstraße/Exerzierplatz
- Grabenstraße / Ecke Kirchengasse
- Bahnhofgürtel / Ecke Niesenberggasse
- Grazbachgasse / Ecke C.v.Hötzendorfstraße
- Petersgasse / Ecke Waltendorfgürtel
- Münzgrabenstraße / Ecke Evangeliumgasse
- Mariatrosterstraße 128 / Ausfahrt Schule St. Johann
- Kärntnerstraße 30 / Ausfahrt JET-Tankstelle

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion

den Antrag,

der Gemeinderat möge das Grazer Straßenamt auffordern, eine entsprechende Überprüfung dieser und weiterer nächtlicher Ampelstopps vorzunehmen, um im Interesse des fließenden Verkehrs in der Stadt den AutolenkerInnen entgegenzukommen. Ein entsprechender Bericht ist dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

Betrifft: Projekt „MenschenBücher“

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
in der Sitzung des Gemeinderates
am 16. Oktober 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Seit drei Jahren gibt es in der Stadtbücherei der Stadt Malmö die Möglichkeit, sich „MENSCHENBÜCHER“ auszuleihen. Was steckt dahinter und welche Ziele werden damit verfolgt?

Hier geht es darum einen Dialog zur Beseitigung von Vorurteilen zu führen. Es geht aber auch um Menschenwürde, Integration, Annäherung an fremde Kulturen. Bei zunehmender sozialer Isolation, Vorurteilen gegenüber Randgruppen und verbalen und körperlichen Übergriffen sind eine Annäherung und ein Kennenlernen besonders wichtig. Büchereien auch als Orte der Begegnung können hier einen sehr wertvollen Beitrag zu einem konstruktiven Dialog leisten.

„MenschenBücher“ stellen sich den Bibliotheken zur Verfügung und können dort für eine Stunde entliehen werden. Die „Entleiher“ haben dann die Möglichkeit, gezielte Fragen an diese „MenschenBücher“ zu stellen. Ohne Scheu Fragen stellen zu dürfen und damit die Chance zu bekommen eine neue Sichtweise auf andere Menschen und deren Lebensweise zu bekommen ist für ein gedeihliches Miteinander von sehr großer Bedeutung. Außerdem sollte für die Stadt Graz so ein Projekt eine Selbstverständlichkeit sein. Für viele BürgerInnen ergebe sich hier auch eine Gelegenheit Personen zu treffen, denen sie sonst vielleicht nicht begegnen würden, oder mit denen sie keine Gelegenheit hätten sich zu unterhalten.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Fraktion den

Antrag,

die Stadt Graz möge so rasch als möglich (unverzüglich) in den städtischen Büchereien das Projekt mit den „MenschenBüchern“ einführen.

Antrag

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 16.10.2008
von **GR Stefan Schneider**

Betrifft: Bio-Markt in Eggenberg

Der Biomarkt in Eggenberg findet jeden Freitagnachmittag am Parkplatz des Eggenberger Bades statt. Er ist nicht nur Lebensgrundlage von 8 landwirtschaftlichen Betrieben, sondern versorgt Woche für Woche hunderte Menschen aus Graz mit gesunden Lebensmitteln.

Durch die Neubauarbeiten beim Eggenberger Bad kann der Biomarkt nicht an seinem jetzigen Standort verbleiben. Nicht weit befindet sich der überdachte Marktplatz am Hofbauerplatz. Freitag nachmittags ist dort bislang kein Marktbetrieb, der Marktplatz steht leer.

Die Stadt Graz soll prüfen unter welchen Bedingungen der Biomarkt dort angesiedelt werden kann und somit als wichtiger, gesunder Grundversorger der Grazer Bevölkerung erhalten bleiben kann.

Namens des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen

Die zuständige Magistratsabteilung wird beauftragt zu prüfen unter welchen Bedingungen der Biomarkt, der freitags am Gelände des Bades Eggenberg stattfindet, fortan am Hofbauerplatz abgehalten werden kann.

Antrag

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 16.10.2008
von Klubobfrau Sigi Binder

Betreff: Rettet das NIL

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Werte Kolleginnen und Kollegen!

2003 ist für Graz eine fast magische Jahreszahl, war unsere Stadt doch damals Kulturhauptstadt und konnte diese Chance bestmöglich nutzen und ihr Ansehen weit über unsere Landesgrenze hinaustragen.

2003 war auch jenes Jahr, in dem wichtige Initiativen im Kultur- und Integrationsbereich entstanden sind, die ihren Wirkungsbereich bis heute ausgebaut und weiterentwickelt haben. So etwa der von der **Künstlerin Veronika Dreier** gegründete **Verein BAODO – Back to the Roots** mit dem interkulturellen Begegnungs-, Kunst- und Kulturzentrum **NIL**.

Vielen unter Ihnen wird das NIL ein Begriff sein und so manche von Ihnen werden dort eingekehrt sein, Ausstellungen besucht haben, Gespräche geführt oder gegessen haben.

Das NIL war bis vor kurzem Untermieterin der ehemaligen Tankstelle in der Dreihackengasse neben dem Veranstaltungsort „Postgarage“.

Viel wurde in die Adaptierung dieser Tankstelle investiert: Neben notwendigen Trockenlegungs- und Reparaturarbeiten wurde eine Küche eingerichtet, ein Computerraum errichtet, eine Theaterbühne mit Belichtungsanlage geschaffen, eine Ton- und Musikanlage installiert und anderes mehr.

Seit 2003 war das NIL ein **Haus der Toleranz**, in dem sich Menschen verschiedenster Nationalitäten treffen und miteinander kommunizieren konnten, ungezwungen und in angenehmer Atmosphäre.

Seit 2003 war das NIL ein **Kunstraum**, in dem Menschen aus Afrika über Osteuropa und auch viele ÖsterreicherInnen die Räumlichkeiten für verschiedene Workshops nutzen konnten.

Seit 2003 war das NIL ein **wichtiger Versammlungsort** verschiedener Communities und beherbergte auch eine kleine aber feine Bibliothek mit besonderem Schwerpunkt Afrika.

Die Radiosendung „**African Time**“, gesendet jeden Sonntag von 8:00 – 11:00 in Radio Helsinki, ist ein Produkt von BAODO.

Und kürzlich wurde das Projekt „**Womyn`s Special**“ ins Leben gerufen, das afrikanische Frauen als Informations-Multiplikatorinnen für Frauenangelegenheiten ausbildet.

Ja, das alles war einmal, denn am 9. Juni kam die schriftliche Kündigung durch den Besitzer des Veranstaltungsorts „Postgarage“.
Seither ist der Verein auf verzweifelter Suche nach passenden Ersatzräumlichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Veronika Dreier und der Verein BAODO leisten unbezahlbar wichtige Integrationsarbeit und benötigen unsere Unterstützung, damit es auch weiterhin diesen Ort der Begegnung und Offenheit geben kann.

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG

den Antrag

Die zuständigen Abteilungen für Integration und Kultur mögen sich umgehend mit Veronika Dreier und dem Verein BAODO in Verbindung setzen, um gemeinsam einen neuen adäquaten Standort zu finden.

Antrag

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung am 16.10.2008
von Klubobfrau Sigi Binder

Betreff: Aufarbeitung der sogenannten „Arisierung“ und Wiedergutmachung

Vor 70 Jahren marschierte die Deutsche Armee in Österreich ein und ein nicht unbeträchtlicher Anteil der österreichischen Bevölkerung stand jubelnd auf den Straßen, während ein anderer Teil verhöhnt, verfolgt, vertrieben, eingesperrt, in den Gestapogefängnissen zu Tode gequält oder in Konzentrationslager deportiert wurde: WiderstandskämpferInnen aus verschiedenen weltanschaulichen Lagern und Menschen jüdischen Glaubens.

In Graz gab und gibt es anlässlich dieser Ereignisse eine Reihe von Diskussionsveranstaltung, Lesungen und Ausstellungen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich mit diesem Antrag den Fokus auf einen Bereich lenken, der einer systematischen Aufarbeiten bedarf: der Enteignung und Arisierung jüdischen Eigentums in Graz.

Wie im Falter Nr.42/08 vom 15.10.08 zu lesen ist, feiert die Grazer Modefirma Knilli ihr 70 jähriges Jubiläum. Wie dem Artikel zu entnehmen ist, gehörte diese Geschäftsadresse dem jüdischen Kaufmann Wilhelm Spielmann. Im Sommer 1938 interessierte sich ein gewisser Herr Knilli, seit 1932 SA-Mitglied und im Februar 1934 wegen „politischer Betätigung“ zu 6 Monaten Haft verurteilt, für dieses Geschäft.

Sein SA-Vorgesetzter schrieb an die Vermögensverkehrsstelle in Graz: „Knilli Josef, der einer der besten Kameraden ist und zur Existenzsicherung in Graz ein jüdisches Geschäft übernehmen will, kann daher bestens empfohlen werden. Die SA ersucht, sein Ansuchen zu berücksichtigen.“

Das Schicksal der Familie Spielmann verlief anders:

1938 wurde die Familie Spielmann enteignet. Von den 3000 Reichsmark, ein wahrer Schnäppchenpreis, sahen die Spielmanns nichts.

1939 konnte das Ehepaar Spielmann und zwei seiner Kinder fliehen, ein Sohn wurde im KZ umgebracht. 1945 kehrte ein Sohn der Familie Spielmann als britischer Soldat nach Österreich zurück und bemühte sich lange um die Restitution des enteigneten Familienvermögens. Er bekam einen Minimalbetrag.

Die Familie Spielmann steht mit ihrem Schicksal stellvertretend für wahrscheinliche viele jüdische Menschen, die enteignet und vertrieben wurden.

Eine wissenschaftliche Recherche und Aufarbeitung in unserer Stadt wäre dringend notwendig.

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG den

Antrag

Der Herr Bürgermeister möge gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Kontakt mit der Karl Franzens Universität aufnehmen, um

1. eine wissenschaftliche und systematische Aufarbeitung des „Arisierungsprozesses“ in Graz durchführen zu lassen und sie in geeigneter Form zu publizieren
2. einen würdigen Rahmen auszuarbeiten, wie eine symbolische Wiedergutmachung stattfinden könnte

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

16. Oktober 2008

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betr.: Personelle Trennung sachbearbeitender Beamter bei Berufungen erster und zweiter Instanz

Für BürgerInnen der Stadt Graz, die sich in einem Entscheid der Stadt in erster Instanz in einem Recht verletzt sehen, bietet die Berufungskommission des Gemeinderates für Betroffene die Gelegenheit, nun in zweiter Instanz auf etwaige Mängel des Erstentscheides hinzuweisen und ihren Fall durch die Berufungskommission neu beurteilen zu lassen.

Für JuristInnen der Stadt bedeutet das viel Arbeit – oft unter Zeitdruck, um Fristen einzuhalten – die sie aber mit Bravour meistern.

Trotzdem bleibt ein Schönheitsfehler: Die personelle Trennung von Sachbearbeitern erster und zweiter Instanz wird wahrscheinlich praktisch meist vollzogen, sie ist aber nirgends garantiert und kann bei Personalmangel unterlaufen werden.

Es ist aber sehr sinnvoll, dass in der höheren Instanz völlig unvoreingenommen an die jeweilige Sachlage herangegangen werden kann.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz möge dafür Sorge tragen, dass künftig garantiert ist, dass Sachbearbeiter für alle Fälle der Berufungskommission niemals personell mit sachbearbeitenden Beamten erster Instanz identisch sein können.

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

14.10.2008

Betrifft: **Aufstockung der Exekutive in Graz**
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

In den vergangenen Gemeinderatssitzungen wurden Sie wiederkehrend mit dem Wunsch nach der Aufstockung der Exekutive in Graz konfrontiert. Dieser Wunsch nahm in den vergangenen Gemeinderatssitzungen insofern konkrete Formen an, als er auch mit entsprechenden Gemeinderatsinitiativen verbunden war.

In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie an meinen dringlichen Antrag in der Gemeinderatssitzung vom 18.09.2008 dessen erster Teil einstimmig angenommen wurde und der wie folgt lautete:

Der Gemeinderat wolle beschließen, den Herrn Bürgermeister, Mag. Siegfried Nagl, im Sinne des obigen Motivenberichtes zu ersuchen, umgehend mit den zuständigen Stellen des Bundes Kontakt aufzunehmen, um die Aufstockung der Polizistinnen und Polizisten in Graz zu erwirken und in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass sämtliche versetzungswilligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Graz herzlich willkommen sind.

Bis zum heutigen Tage sind mir keine Informationen über diesbezügliche Initiativen Ihrerseits zugegangen obwohl Sie in den letzten Wochen, vor allem wegen Ihrer bundespolitischen ambitionierten Vorschläge, über eine beachtliche mediale Präsenz verfügten.

Grundsätzlich erscheint es begrüßenswert, wenn Sie, verehrter Herr Bürgermeister, auch bundespolitisch in Erscheinung treten. Noch erfreulicher wäre es allerdings, wenn Sie in diesem Zusammenhang auch die vordringlichsten Anliegen unserer Heimatstadt Graz mit entsprechender Hartnäckigkeit bei den zuständigen Stellen in Wien deponieren könnten. Da ich, angesichts Ihres erhöhten bundespolitischen Engagements, die Befürchtung hege, dass, natürlich unbeabsichtigt, die Grazer Anliegen zu kurz kommen könnten, stelle ich in gegenständlicher Sache

namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, über seine bisherigen Schritte und Unternehmungen in Sachen Aufstockung der Grazer Exekutive Bericht zu erstatten und in diesem Zusammenhang auch über bisher erhaltene Antworten seitens des Bundes zu berichten.